

PRESSEMITTEILUNG

21.11.2023



Massive Zunahme antisemitischer Vorfälle in Bayern

148 antisemitische Vorfälle in Bayern hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern zwischen dem 7. Oktober und dem 9. November dokumentiert. Das ist eine Steigerung von 285% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

91% der dokumentierten Vorfälle stehen im Bezug zum antisemitischen Massaker der Hamas und der daraus folgenden israelischen Militäroperation in Gaza; 79% sind dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen. 30% bedienten Motive der Abwehr der Erinnerung an die Schoa, wobei in 18% der Fälle beide Formen von Antisemitismus vorlagen.

Auf 24 Versammlungen wurde antisemitischer Terror gebilligt, Israel dämonisiert und delegitimiert oder anderweitig antisemitische Inhalte verbreitet. In München riefen israelfeindliche Gegendemonstranten am Rande einer Kundgebung auf Arabisch die Parole „Juden, (...), die Armee Mohammeds kommt wieder!“ - eine antisemitische Morddrohung. 20% der zuordenbaren Vorfälle hatten einen islamischen bzw. islamistischen politischen Hintergrund, eine auffällige Steigerung zu 1% im gesamten Jahr 2022.

RIAS Bayern dokumentierte zwei Angriffe, elf Bedrohungen und neun gezielte Sachbeschädigungen. 39 Vorfälle ereigneten sich im Internet, 109 offline. 124 Vorfälle wurden als „verletzendes Verhalten“ kategorisiert, darunter fallen 27 Versammlungen. RIAS Bayern geht von einer großen Dunkelziffer aus.

„148 antisemitische Vorfälle in einem Monat seit dem Hamas-Massaker sind eine ungekannte Explosion von Antisemitismus seit dem Bestehen von RIAS Bayern. Viele Jüdinnen und Juden fühlen sich in ihrer Heimat nicht mehr sicher. Hinzu kommen Kälte, Empathielosigkeit und mitunter die Entsolidarisierung bisher Verbündeter. Die Betroffenen von Antisemitismus werden regelrecht verhöhnt“, sagt RIAS-Bayern-Leiterin Annette Seidel-Arpaci

„In den Vorfallszahlen nicht sichtbar sind die Bitten um Rat und Unterstützung jenseits konkreter Vorfälle. Mit dem 7. Oktober ist das alltägliche Dauerrauschen des Antisemitismus zu einem lauten Grollen geworden. Dass man nach dem unfassbar grauenhaften Pogrom im Süden Israels nahtlos dazu übergehen kann, israelische Restaurants und Juden und Jüdinnen in Bayern zu bedrohen und anzugreifen, macht erneut deutlich, dass es egal ist, was Israel tut oder nicht tut. Israel ist ‚der Jude unter den Staaten‘, ideell aus der Staatengemeinschaft ausgeschlossen und stets unter ‚Verdacht‘. Während man meist praktischerweise von ‚den Zionisten‘ spricht, um nicht ‚die Juden‘ sagen zu müssen, wurde im Zuge der Anfeindungen und Übergriffe der letzten Wochen sehr deutlich, worum es geht – um Hass auf Juden, hier wie gegenüber Israel“, so Seidel-Arpaci.



Stimmen zur Veröffentlichung

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern:

„Seit dem 7. Oktober erleben auch Jüdinnen und Juden in Deutschland einen psychischen Terror. Vor allem islamistischer Antisemitismus ist zurzeit allgegenwärtig. Viele Fälle werden erfasst und das ist wichtig, um zu verstehen, was gerade im Land passiert. Für diese Arbeit danke ich der RIAS Bayern. Antisemitischer Aufruhr zeigt sich zuerst in der Sprache, aber aus Worten werden Taten. Die Gesamtgesellschaft muss jetzt ganz klar Haltung zeigen. Zu lange haben wir zugelassen, dass Antisemitismus über rechtsextreme Kreise, über eine linksradikale Dämonisierung Israels oder islamistische Fanatiker bis in die Mitte unserer Gesellschaft vordringt.“

Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern:

„Das Pogrom der Hamas vom 7. Oktober und die Reaktionen darauf haben für Israelis und jüdische Menschen weltweit die Grundkonstanten ihres Lebens erschüttert und stellt sie auch hierzulande vor die existentielle Frage: Kann ich hier sicher leben? Wo sind die Tausenden, die für und mit uns auf die Straße gehen? Was wir jetzt brauchen, sind das Mitgefühl und die Solidarität der Gesellschaft und das entschlossene Handeln von Politik, Sicherheitskräften und Justiz. Wer jetzt sein Mitgefühl mit den Angehörigen der Ermordeten und der Geiseln zeigen, wer jetzt mit jüdischen Menschen solidarisch sein will, der muss sich klar gegen die Hamas stellen und sie bekämpfen. Das gilt übrigens auch für die, die für die Menschenrechte der palästinensischen Zivilbevölkerung eintreten wollen. Mit Terroristen ist kein Frieden zu machen.“

Talya Lador-Fresher, Generalkonsulin des Staates Israel für Süddeutschland:

„Der vorliegende wichtige Bericht der RIAS Bayern zeigt empirisch, was wir bereits spürten. Dies ist leider nicht nur ein Phänomen in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Alle relevanten Behörden sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese Tendenzen zu bekämpfen, bevor es zu spät ist“.

Michael Movchin, Präsident des Verbands jüdischer Studenten in Bayern (VJSB)

„Seit dem 7. Oktober hat sich unsere Lebensrealität dramatisch verändert. Der Terror der Hamas hat tiefe Spuren in unserem kollektiven Bewusstsein hinterlassen. Wir sehen uns verstärkt gefordert, Betroffene von Antisemitismus zu unterstützen, mit RIAS in Kontakt zu bringen und auf die gestiegenen Sicherheitsbedenken unserer Mitglieder einzugehen. In diesen Zeiten ist es wichtiger denn je, uns für ein vielfältiges und sicheres Zusammenleben stark zu machen und gegen jede Form des Antisemitismus unnachgiebig vorzugehen.“



Ludwig Spaenle, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe:

„Das Massaker der Hamas an Jüdinnen und Juden in Israel hat mich tief betroffen gemacht. Israel verdient unsere ganze Solidarität. Für Bayern und Deutschland aber machen die steigenden Zahlen von Anfeindungen von Jüdinnen und Juden sowie Übergriffen auf sie und ihre Einrichtungen noch mal eines deutlich: Staat und Gesellschaft müssen alles daransetzen, jüdisches Leben zu fördern und zu schützen und Juden Hass mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Intensivierte Bildung ist dabei langfristig der erfolgversprechende Weg, aber der Rechtsstaat muss auch Straftaten wie z. B. die Verherrlichung des terroristischen Anschlags auf Israel und Übergriffe auf Jüdinnen und Juden verfolgen und bestrafen. Und von unserer Gesellschaft wünsche ich mir, dass sie an die Seite der Menschen jüdischen Glaubens tritt und dies auch bei Veranstaltungen bekundet.“

Ulrike Scharf, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales.

„Ich bin bestürzt über den Anstieg antisemitischer Vorfälle. Es ist für mich schier unerträglich, dass jüdische Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wieder Angst haben müssen und sich nicht mehr sicher fühlen. In diesen Zeiten des Terrors der Hamas auf Israel müssen wir unsere uneingeschränkte Solidarität mit Israel zum Ausdruck bringen und gegen die Angriffe auf Jüdinnen und Juden auf unseren Straßen und Plätzen mit allen Mitteln des Rechtsstaates vorgehen. Gegen den immer sichtbarer werdenden Antisemitismus sind wir als Demokratinnen und Demokraten alle gefordert. Wir müssen uns klar gegen jegliche Form von Antisemitismus aussprechen! Falsche Beeinflussungen, antisemitische Haltungen und menschenverachtende Einstellungen dürfen keine Chance in unserer Gesellschaft haben! Wir müssen mit gezielter Jugendarbeit und Präventionsmaßnahmen Rechtsextremismus, Antisemitismus und islamistischer Hasspropaganda entgegenwirken.“

RIAS Bayern hat bereits 2021 eine Broschüre zum Thema **israelbezogener Antisemitismus** unter dem Titel „From the river to the sea“ veröffentlicht. Sie ist [online einsehbar](#) und unter info@rias-bayern.de kostenfrei bestellbar. Außerdem bietet RIAS Bayern mit „Multidirektionale Angriffe auf die Erinnerung“ eine umfassende Veröffentlichung zum Thema **Post-Schoa-Antisemitismus**. Auch sie ist [online](#) und gedruckt verfügbar. Antisemitische Vorfälle, auch solche unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, können unter www.rias-bayern.de oder unter 089 1 22 23 40 60 gemeldet werden. RIAS Bayern existiert seit 2019, befindet sich in der Trägerschaft des Vereins für Aufklärung und Demokratie e.V. (VAD) und wird vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.

Pressekontakt: Felix Balandat, presse@rias-bayern.de